

## Pressemitteilung der SPD-Fraktion

„Wir verurteilen aufs Schärfste anonyme Anrufe und Drohbriefe gegen Ratsmitglieder und deren Familienangehörigen sowie jegliche Versuche einer Diffamierung“, so die SPD-Fraktion in einer Pressemitteilung. „An der aus unserer Sicht überzogenen, überhitzten und zum Schluss aus dem Ruder gelaufenen Diskussion um die Befangenheit des CDU-Fraktionsvorsitzenden haben wir uns aus gutem Grunde nicht beteiligt, weil diese Form der Auseinandersetzung die politische Arbeit in Dinklage überlagert und lähmt“, heißt es weiter. In der Sache gehe die SPD weiterhin wie bisher davon aus, dass sich jedes Ratsmitglied im Sinne des § 26 NGO politisch korrekt verhalte und entsprechende Konsequenzen für sich selbst und im Sinne der Allgemeinheit daraus ziehe. Dieses gebiete der politische Anstand. Darauf werde die SPD-Fraktion auch in Zukunft im Besonderen achten. Zu einem korrekten politischen Verhalten gehöre aber auch der vernünftige Umgang miteinander. „Nach den Ereignissen am Wochenende wünschen wir uns, dass alle Beteiligten möglichst schnell die Emotionen wieder herunterfahren und sich auf ihre eigentliche Aufgabe besinnen, gemeinsam zum Nutzen der Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten“, so Matthias Windhaus und Andrej Stölting (SPD). Ansonsten werde die an der Sache orientierte politische Arbeit dauerhaft behindert und das ohnehin schon stark belastete Image Dinklages über die Stadtgrenzen hinaus noch weiter beschädigt.